

# Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

[www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de](http://www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de)

Ausgabe September 2019

**Hinweis:** Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

**Einladung:** Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: [info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de](mailto:info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de) (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

## Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Christoph Butterwegge: Das bedingungslose Grundeinkommen - sozialpolitische Sackgasse oder Königsweg zur Demokratie?**
- **Wolfgang Engler: Verheißung und Enttäuschung**
- **Tilo Gräser: Erinnerung an 1.9.1939: Warnung vor Kriegspolitik und Aufruf zu neuer Entspannung**
- **Thomas Röper: Die Friedens-Lügen**
- **Bernhard Trautvetter: Mit dem Zweiten killt man besser**
- **Karin Leukefeld: Die letzte Schlacht**
- **Ferdinand Kuchlmayr, Marcel Pauly: Parlamentarischer Ungehorsam**
- **Urs Egger: Das Wunder von Wörgl**
- **Norbert Häring: Mit Mini-Bots gegen Brüssel und Frankfurt**

**Zitat des Monats** von [Friedrich Schiller](#):

**Die Großen hören auf zu herrschen,  
wenn die Kleinen aufhören zu kriechen.**

## Editorial

In dieser Ausgabe beginnen wir mit dem Thema **Bedingungsloses Grundeinkommen**, das in Abständen immer wieder von verschiedenen Seiten aufgebracht wird. In mehreren verlinkten Beiträgen wird nicht nur die Undurchführbarkeit, sondern auch die neoliberale Zielsetzung dieses Projektes kritisiert. Hier geht es um eine soziale Spaltung. Um die geht es auch im zweiten Beitrag: Die Menschen im **Osten Deutschlands** werden von vielen immer noch als kulturell nicht zugehörig betrachtet. Damit beschäftigt sich ein Buch von Wolfgang Engler.

Das Thema **Krieg und Frieden** steht auch diesmal im Mittelpunkt. Wir erinnern an den Beginn des Zweiten Weltkrieges vor 80 Jahren. Im nächsten Beitrag erläutert Thomas Röper die verschiedenen internationalen Verträge, die in den vergangenen Jahrzehnten zur Friedenssicherung geschlossen worden sind. Er beschreibt aber auch, wie dennoch Aufrüstung und Angriff vorangetrieben wurden und werden. Die mediale Begleitmusik, mit der Kriegsbereitschaft selbst durch das öffentlich-rechtliche Fernsehen erzeugt werden soll, zeigt der Beitrag von Bernhard Trautvetter auf. Karin Leukefeld berichtet ausführlich von den jüngsten Entwicklungen und Absichten im Krieg gegen Syrien.

Zur deutschen **Parlamentsarbeit** gibt es eine Untersuchung, in welchem Maß die Abgeordneten sich trauen, gegen die "Fraktionsdisziplin" zu verstoßen – immerhin ein kleiner Lichtblick auf der politischen Bühne. An einen anderen Lichtblick, diesmal in Sachen **demokratische Finanzpolitik**, erinnert der Film über "Das Wunder von Wörgl" zu Beginn der 1930er Jahre. Dieses Wunder wurde zwar zentralistisch beendet, ist aber weiterhin Vorbild für viele andere Versuche mit Regionalwährungen. So auch für einen Versuch der inzwischen nicht mehr amtierenden italienischen Regierung, sich mit sog. "Mini-Bots" von der Europäischen Zentralbank unabhängiger zu machen.

[Inhalt](#) ↑

- Christoph Butterwegge: **Das bedingungslose Grundeinkommen - sozialpolitische Sackgasse oder Königsweg zur Demokratie?**

Für Christoph Butterwegge ist das [Bedingungslose Grundeinkommen \(BGE\) kein Patentrezept gegen die soziale Ungleichheit](#), die Armut oder die Erwerbslosigkeit. Die absolute Armut in Ländern der sog. Dritten Welt kann man mit der Zahlung eines niedrigen Geldbetrages an sämtliche Bewohner möglicherweise nachhaltig lindern. Um die relative Armut in wohlhabenden, wenn nicht reichen Ländern wie der Bundesrepublik zu verringern, muss man jedoch den Reichtum antasten, sprich: riesige Geldsummen umverteilen. Dies tut ein bedingungsloses Grundeinkommen aber gerade nicht, weil es Ungleiches gleichbehandelt und Vermögende finanziell ungeschoren lässt.

Durch das sich auf eine Geldleistung fokussierende Grundeinkommen würden die Menschen zudem sämtlicher Dienst- und Sachleistungen verlustig gehen, die der Sozialstaat derzeit für sie bereithält – von der ärztlichen Versorgung über diverse Beratungs- und Betreuungsangebote bis zu Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation.

An die Stelle einer Marktgesellschaft, in der Konkurrenz, ökonomische Effizienz und soziale Selektivität herrschen, muss ein inklusiver Sozialstaat treten, der die Armen nicht ausgrenzt, sondern einschließt und zu gleichberechtigter politischer Partizipation befähigt. Es geht um eine

nachhaltige Ermächtigung der Unterprivilegierten, die ohne eine grundlegende Änderung der bestehenden Eigentums-, Macht- und Herrschaftsverhältnisse nicht möglich ist. Damit die Demokratie eine Regierungsform ist, in der sich alle wiederfinden – sonst handelt es sich ja gar nicht um eine “Herrschaft des Volkes” –, muss sie eine soziale Demokratie sein, die Armut jeglicher Art energisch bekämpft.

Für Eva Quadbeck läuft ein [Bedingungsloses Grundeinkommen dem Sozialstaatsgedanken komplett zuwider](#), dessen Idee es ist, dass alle Menschen, die dazu in der Lage sind, für sich selbst sorgen müssen. Wer wegen Krankheit, Alter, Pflege, Kindererziehung oder Jobverlust dazu nicht in der Lage ist, wird von der Gemeinschaft solidarisch aufgefangen. Dieses System kann nur funktionieren, so lange jene, die es können, auch einen produktiven Beitrag leisten.

Johannes Mosmann sieht in der Grundeinkommensbewegung ein Kind des Neoliberalismus und lenkt den [Blick auf das Existenzrecht für alle Menschen auf der Erde](#). Ein menschenwürdiges Einkommen für alle Menschen der Erde sei erst möglich, wenn an die Stelle der heutigen Vorrechte-Gesellschaft eine Gesellschaft tritt, die das Einkommen aus dem freien Verhältnis von Leistung und Gegenleistung aushandelt. Dies darf nicht im neoliberalen Sinn erfolgen, sondern die “Wirtschaft” müsse durch “den Staat” vernünftig gemacht werden, d.h. durch bessere Regeln “gezügelt” oder gar “gelenkt” werden.

Norbert Häring findet zwar, [dass Johannes Mosmann klar und tiefgehend analysiere](#). Aber bzgl. einer Kostprobe aus Mosmanns Buch “Das bedingungslose Grundeinkommen: Pathologie und Wirkung einer sozialen Bewegung” findet Häring das von Mosmann zugrunde gelegte Prinzip der “sozialen Dreigliederung” noch nicht recht erfassbar.

Häring hält die [Konzepte eines sozial ausgerichteten BGE für illusionär](#). Die gesellschaftliche und politische Macht der Unternehmen und großen Kapitaleigentümern würde durch ein bedingungsloses Grundeinkommen nicht geschwächt, sondern verstärkt. Arbeitsplatzvernichtung, soziale Spaltung, Ungleichheit und Ausgrenzung wären weiterhin ein gesellschaftliches Problem.

Die Bewegung für ein bedingungsloses Grundeinkommen könnte sich so – und sei es auch wider Willen – als eine Art trojanisches Pferd für die Durchsetzung einer radikalisierten Variante des Neoliberalismus erweisen. Sie lenkt ab von den Auseinandersetzungen, um die es gewerkschaftlich und politisch tatsächlich geht und weist erhebliches Spaltungspotenzial in sozialen und politischen Bewegungen auf.

*In unserem ‘Bürgerbrief für Frieden und Demokratie’ wurden in den Ausgaben vom [Januar 2017](#) (Alt) und [März 2018](#) (Butterwegge; Bothfeld) weitere Artikel zu diesem Thema vorgestellt (Red.).*

*[Christoph Butterwegge](#), Jg. 1951, bis 2016 Professor für Politikwissenschaft, Armutsforscher und Mitglied der ‘Forschungsstelle für interkulturelle Studien’ (FiSt). (Red.)*

*[Eva Quadbeck](#), Jg. 1970, stellvertretende Chefredakteurin der Rheinischen Post und Leiterin des Parlamentsbüros in Berlin; Schwerpunkt Sozial- und Gesundheitspolitik. (Red.)*

*[Johannes Mosmann](#), Jg. 1977, forscht und veröffentlicht am Berliner [Institut für soziale Dreigliederung](#) zu Fragen eines zeitgemäßen Eigentumsrechts, kooperativer Wirtschaftsprozesse und selbstverwalteter Bildungszusammenhänge. (Red.)*

*[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der ‘Financial Times Deutschland’), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)*

[Inhalt](#) 

## • Wolfgang Engler: **Verheißung und Enttäuschung**

Im Osten Deutschlands fragen sich “immer mehr Menschen, wie kann es sein, dass wir strukturell aufholen, man uns [kulturell aber noch immer als nicht zugehörig betrachtet](#)“. In seiner Analyse kommt der Soziologe Wolfgang Engler zu dem Schluss, dass dies vor allem daran liegt, dass die Aufarbeitung der seit 1989 erfolgten Umbrüche, Kränkungen und Ungerechtigkeiten nicht

öffentlich erfolgte. Dazu gehört der "Systemwandel unter marktradikalen Vorzeichen" in den 1990er Jahren, einem geschichtlich beispiellosen wirtschaftlichen Kollaps im gesamten Beitrittsgebiet mit den dadurch bedingten sozialen Verwerfungen. Kaum war das primäre Ziel des ostdeutschen Aufbruchs wie verbriefte Grundrechte und elementare Freiheiten für jedermann erreicht, verloren Millionen von Ostlern den wirtschaftlichen und sozialen Halt. Die Identifizierung ging verloren. Durch massenhafte Abwanderung ging der ostdeutschen Mittelschicht ihr Mobilisierungspotential gegen eine Radikalisierung verloren.

Engler veröffentlichte mehrere Bücher zu Ostdeutschland. Jüngst erschien sein Buch "[Die Ostdeutschen – Kunde von einem verlorenen Land](#)" in einer erweiterten Neuausgabe.

*Zusätzliche Informationen sind zu finden bei:*

Ekkehard Lieberam. Er stellt u.a. dar, dass es 1989 halboffizielle Gespräche zwischen Wissenschaftlern aus der BRD und der DDR [über die Perspektiven der Deutschlandpolitik](#) gab. Als dann die für eine Koevolution erforderliche Stabilität der DDR hinfällig wurde, setzten Politiker der BRD schnell darauf, die Deutschlandfrage "siegreich" zu lösen, sprich die DDR zu annektieren.

Hannes Hofbauer. Er zeigt in seinem Buch "[EU-Osterweiterung](#)" (insbesondere auf den Seiten 30 bis 64) auf, dass es den westlichen Eliten vor allem darum ging, die Staatsbetriebe des Wirtschaftsraumes des RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) zu zerschlagen.

[Wolfgang Engler](#), Jg. 1952, deutscher Hochschullehrer für Kultursoziologie und Ästhetik sowie Publizist, dessen wissenschaftlicher Werdegang mit einem Forschungsstudium in der DDR begann. Von 2005 bis 2017 war er Rektor der Hochschule für Schauspielkunst "Ernst Busch" Berlin (HfS). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Tilo Gräser: **Erinnerung an 1.9.1939: Warnung vor Kriegspolitik und Aufruf zu neuer Entspannung**

Auf der Friedensveranstaltung "[Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!](#)" am 01.09.2019 im Berliner "Haus der Demokratie und Menschenrechte" erinnerte der ehemalige DDR-Ministerpräsident, Hans Modrow, an den Beginn des Zweiten Weltkriegs vor 80 Jahren und an die Lehren dieses Krieges, der weite Teile Europas verwüstete. Auf der Veranstaltung kamen auch andere Redner zu Wort, die u.a. auch auf die heutigen Gefahren neuer Kriege (Russland, Iran) hinwiesen und feststellten: "Seit dem Zweiten Weltkrieg haben die Kriege bei uns kein Ende genommen".

Auch der neue Aufruf "[Nie wieder Krieg! Frieden und Zusammenarbeit statt Aufrüstung und Konfrontation!](#)" wurde dort vorgestellt.

[Tilo Gräser](#), Jg. 1965, Diplom-Journalist, seit März 2017 Redakteur und Korrespondent für sputniknews, zuvor Journalist für verschiedene Medien und Pressesprecher; Schwerpunkte sind Politik und Soziales. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Thomas Röper: **Die Friedens-Lügen**

Es gab [drei wichtige Abrüstungsabkommen](#): Den ABM-Vertrag, den INF-Vertrag und die Serie der START-Verträge.

Der **ABM-Vertrag** (Anti-Ballistic Missile Treaty, Vertrag über die Begrenzung von antibalistischen Raketenabwehrsystemen), wurde 1972 abgeschlossen, um das Gleichgewicht des Schreckens aufrecht zu erhalten. Die USA haben den Vertrag 2002 einseitig gekündigt. Damals war Russland schwach, und die USA meinten, sie müssten keine Rücksicht mehr nehmen. Sie entwickelten ihre strategische Raketenabwehr, die heute in Rumänien und Polen stationiert ist und auch zum Erstschlag genutzt werden kann. Russland entwickelte als Antwort Hyperschallraketen, die für keine Raketenabwehr erreichbar sind.

Der **INF**-Vertrag (Intermediate Range Nuclear Forces, Vertrag über nukleare Systeme mittlerer Reichweite) wurde 1987 für landgestützte Raketen geschlossen. Der INF-Vertrag war für Europa extrem wichtig, weil Kurz- und Mittelstreckenraketen keine Gefahr für die USA darstellen, aber ihre Ziele in Europa in wenigen Minuten erreichen. Diesen Vertrag haben die USA vor einem halben Jahr gekündigt. Eine Diskussion über die Kündigung des INF in der UN-Vollversammlung gab es nicht, weil dies von den NATO-Staaten geschlossen verhindert wurde. Mit der Kündigung des INF-Vertrags ist die Logik des Kalten Krieges zurückgekehrt.

Der **START**-Vertrag (Strategic Arms Reduction Treaty, Vertrag zur Verringerung der strategischen Nuklearwaffen) trat 1991 in Kraft. Ihm folgten 1993 der START-II-Vertrag und dann 2010 der NEW-START-Vertrag. Diese Verträge, die immer nur mit einer begrenzten Laufzeit abgeschlossen wurden, haben die Zahl der atomaren Sprengköpfe geregelt und dafür gesorgt, dass es heute, im Vergleich zum Kalten Krieg, nur einen Bruchteil von diesen Waffen gibt. Der NEW-START-Vertrag wird 2020 auslaufen. Gespräche über eine Verlängerung oder einen Nachfolgevertrag lehnen die USA ab. Daher wird es in einem Jahr keinen einzigen gültigen Abrüstungsvertrag mehr geben.

Das Ende des INF-Vertrages öffnet das Tor für ein neues, gigantisches nukleares Wettrüsten. Dies betrifft vor allem Europa, wo die Zahl der kleinen Atombomben (Hiroshima-Größe) drastisch erhöht werden soll. Dabei machen die USA auch klar, dass sie "[Nuklearwaffen als Antwort auf bedeutsame nicht-nukleare strategische Angriffe](#)" einsetzen werden. Daher sind die USA nicht bereit, den umfassenden Vertrag zum Verbot von Atomwaffentests **CTBT** (Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty) zu ratifizieren.

Die in Rumänien stationierten und in Polen im Aufbau befindlichen US-Raketenabschussvorrichtungen MK-41 sind identisch mit der Abschussvorrichtung, mit der am 18.08.2019 in Kalifornien ein Test eines offensiven Marschflugkörpers aus der 'Tomahawk'-Reihe genutzt wurde. Damit haben die USA selbst belegt, dass es sich bei diesem System nicht um ein reines Abwehrsystem handelt. Nach MdB Alexander Neu ist die [offensive Nutzung nur eine Frage der Software](#); somit habe die NATO gegen den INF-Vertrag verstoßen, der am 02.08.2019 nach Aufkündigung durch die USA ausgelaufen ist.

Russlands Außenminister Sergeij Lawrow geht davon aus, dass die USA [spätestens seit Oktober 2018 den Test in Kalifornien vorbereitet](#) haben. Nach Lawrow [hat der INF-Vertrag den Aufbau der Startanlagen in Polen und Rumänien verboten](#), da sie ermöglichen, Marschflugkörper aus der Kategorie der vom Vertrag verbotenen Waffentypen abzufeuern.

[Thomas Röper](#), Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite [www.anti-spiegel.ru](http://www.anti-spiegel.ru), wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Bernhard Trautvetter: Mit dem Zweiten killt man besser**

Die NATO hat festgestellt, dass die deutsche Bevölkerung in erschreckendem Maße auf Frieden versessen ist. Dazu kann sie sich auf das im Grundgesetz verankerte Friedensgebot des Völkerrechts und des Zwei-plus-Vier-Vertrags berufen. Aber an einer Friedensordnung sind weder NATO noch EU interessiert (siehe Jugoslawien, Ukraine, Aufmarsch an der russischen Grenze).

Um die Einstellung der Menschen zu ändern, setzt die NATO ihre sogenannte Strategische Kommunikation ein, also eine Kommunikationsmethode, die die Menschen in eine erwünschte Richtung manipuliert. Dafür nutzen die Militärs nach ihren eigenen Unterlagen Instrumente der Psychologischen Operationen, des Informations- und Nachrichten-Managements sowie des Informationskrieges.

Wie diese Strategie angewandt wird, zeigt uns Bernhard Trautvetter an der ZDF-Sendung "Deutschlands Rolle in der NATO und in der Welt". Höhepunkt ist, dass die Position des MdB Rolf Mützenich, nur der Bundestag besitze das Haushaltsrecht, als [brandgefährlicher Hemmfaktor für die Rüstungsbeschlüsse der NATO](#) präsentiert wird. Es bleibt zu hoffen, dass Friedenskräfte und

Umweltbewegung gemeinsam mit allen weiteren möglichen Partnern ihre Verantwortung und ihre Kraft erkennen und einsetzen.

[Bernhard Trautvetter](#), Jg. 1954, ehemaliger Berufsschullehrer, Friedensaktivist aus Essen, Organisator von Friedensaktivitäten; publiziert in verschiedenen Zeitungen und Foren; Träger des Düsseldorfer Friedenspreises 2018. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

#### • Karin Leukefeld: **Die letzte Schlacht**

In ihrem sehr ausführlichen [Artikel zu Idlib in Syrien](#) stellt Leukefeld die jetzige Kriegssituation dort dar, berichtet sehr genau vom Ablauf des Syrienkrieges, den beteiligten Staaten und Gruppierungen, von realen Ereignissen / Fakten und deren Interpretationen auf verschiedenen Seiten, von 'Fake News' etc.. Sie fragt: "Warum gibt es Krieg in Idlib?" Und: "Warum gibt es Krieg in diesem Deeskalationsgebiet?"

Sie beschreibt den Bruch des Völkerrechts durch "internationale Truppen, die im Rahmen der US-geführten 'Anti-IS-Allianz', genannt 'Inherent Resolve', zu Deutsch: Innere Entschlossenheit, in und im Luftraum über Syrien operieren. Tatsächlich vereint diese Allianz 70 Staaten und vier internationale Organisationen unter ihrem Kommando: Arabische Liga, Europäische Union, Interpool und die NATO."

In diesem Zusammenhang verdeutlicht sie z.B. mit den Aussagen des UN-Botschafters Nebenzya, dass die Darstellung der Lage in Idlib durch die westlichen Staaten nicht den Realitäten entspricht.

Leukefeld beschreibt die "Jihadisierung von Idlib" und stellt eine kurze Chronologie dazu dar.

"Um eine Lösung für Idlib zu finden, müssen die Realitäten anerkannt werden. Es gibt dort rund 3 Millionen Zivilisten, etwa die Hälfte von ihnen sind Inlandsvertriebene. Doch rund 100'000 von ihnen sind gut ausgerüstete Kämpfer, die eine extremistische Ideologie des politischen Islam vertreten."

Denn mit der Befreiung von Aleppo Ende 2016 wendete sich das Blatt im Syrienkrieg, und die geschlagenen Kämpfer der sogenannten "Rebellengruppen" kehrten nach Idlib zurück. So begann in Idlib "ein blutiger Machtkampf zwischen den verschiedenen Fraktionen. Es ging um Geld, Waffen, Hilfsgüter und die Kontrolle strategisch wichtiger Straßen und Grenzübergänge. Die 'moderate' Opposition, die mit der Türkei und den Golfstaaten verbündet ist, hatte auch mit deutscher Unterstützung eigene politische Strukturen aufgebaut. Eine Heilsregierung, eigene Sicherheits- und Polizeikräfte, Schulen, Universitäten, Geschäftszentren. Ziel war der Aufbau einer eigenen autonomen Regierung und perspektivisch die Herauslösung Idlibs aus Syrien."

"Syrien und seine Verbündeten planten im Frühsommer 2018 die militärische Befreiung Idlibs, doch der Protest des Westens sorgte dafür, dass die Offensive ausgesetzt wurde." Zur Erklärung dieser Entscheidung zitiert sie den französischen Außenminister Jean Yves Le Drian: "In der Provinz Idlib hielten sich Dschihadisten und Al-Qaida-Kämpfer auf, etliche mit französischer Staatsangehörigkeit. Bei einer Militäroperation würden die sich 'in alle Richtungen verteilen'. Das sei eine Gefahr für Europa und müsse unbedingt verhindert werden." Und Leukefeld sagt weiter: "Das war ein deutliches Eingeständnis, dass McGurk [US-Diplomat Brett McGurk am 31.07.2017] mit seiner Beschreibung von Idlib als 'Sicherem Hafen' für Al Qaida richtig lag".

Nachdem Russland im Rahmen einer Astana-Runde im September 2018 mit der Türkei und dem Iran eine Deeskalationszone rund um die Grenzen Idlibs einrichtete, aber dieser Versuch aufgrund verschiedener dagegen operierender Interessen scheiterte, begannen Anfang Mai 2019 die syrischen Streitkräfte mit russischer Luftunterstützung den Vormarsch in die Pufferzone, um die Dschihadisten zu verdrängen. Ihr militärisches Ziel sei es, eine wichtige Autobahn wieder unter Regierungskontrolle zu bringen und die Dschihadisten von dort zurückzudrängen.

Leukefeld schließt mit den Worten: "Nur wenn man gemeinsam gegen die Dschihadisten im 'Sicheren Hafen' Idlib vorgeht und wenn die Sponsoren dieser Kämpfer ihre Unterstützung für sie

einstellen, kann für Idlib – als Provinz des souveränen Staates Syrien – eine Lösung gefunden werden. Andernfalls läuft Idlib Gefahr, von islamistischen Kriegsfürsten in ein Al Qaida Khalifat verwandelt zu werden.“

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Ferdinand Kuchlmayr, Marcel Pauly: **Parlamentarischer Ungehorsam**

Eine Statistik zeigt auf, dass es durchaus Bundestagsabgeordnete gibt, die bei Abstimmungen gegen die grundgesetzlich nicht existierende Fraktionsdisziplin verstoßen. Einzelne Abgeordnete werden im Artikel namentlich genannt. Es handelt sich zum Beispiel um SPD-Abgeordnete, die sich vor allem den Kriegseinsätzen widersetzen, aber auch um Grüne. Bezogen auf [“Verstöße gegen die Fraktionsdisziplin](#) insgesamt liegt dagegen die AfD vorne. Besonders drastisch sollte die Fraktionsdisziplin mit dem rot-grünen Koalitionsvertrag 1998 durchgesetzt werden als es darum ging, den Krieg gegen Jugoslawien vorzubereiten. Damals wurde den SPD- und Grünen-Abgeordneten Fraktionsdisziplin per Koalitionsvertrag verordnet – ungeachtet der Grundgesetzwidrigkeit. Abweichler müssen parteiintern mit Nachteilen rechnen, wenn es um die Wiederaufstellung für die nächste Wahl geht. Das hat zum Beispiel den SPD-Abgeordneten Marco Bülow 2018 zum Parteiaustritt veranlasst.

[Inhalt](#) ↑

- Urs Egger: **Das Wunder von Wörgl** ([Video](#), 1h39<sup>x</sup>)

Die Weltwirtschaftskrise ist 1932 auf ihrem Höhepunkt, radikale politische Bewegungen entstehen. In einer kleinen Gemeinde akzeptiert der Lokführer Michael Unterguggenberger das Bürgermeisteramt in der Tiroler Kleinstadt Wörgl, das in der gegebenen Situation niemand übernehmen will. Geld, um Löhne auszuzahlen, ist Mangelware.

Mit der auf Silvio Gesell gestützten Idee lässt der Bürgermeister in Abstimmung mit dem Gemeinderat Arbeitsbestätigungsscheine (Schwundgeld) drucken, mit der die Gemeinde Gemeindemitglieder für Arbeiten in ihrem Auftrag bezahlt ([Beschreibung](#)). Nachdem die Arbeiter die von der Gemeinde Wörgl gedruckten Arbeitsbestätigungsscheine als Lohn ihrer Arbeit akzeptieren, müssen die Ladenbesitzer gewonnen werden, die Scheine als Zahlungsmittel anzuerkennen.

Gegen alle Skepsis und Widerstände und trotz sich immer weiter ausdehnender radikaler politischer Gruppierungen gelingt es Unterguggenberger und seiner Frau Rosa nach und nach, Menschen für seinen Plan zu gewinnen – die Gemeinde baut sich neu auf, die Wirtschaft beginnt zu florieren. Dies wird als “Das Wunder von Wörgl” oder auch als “Mekka der Volkswirtschaft” bezeichnet.

Aber das Bankwesen will die Schule machenden Wörgler stoppen. Aus einer Versammlung vieler am Wörgler Modell interessierten Bürgermeister in Wien heraus wird Unterguggenberger vorgeladen. Die Nationalbank klagt den Bürgermeister wegen des Verstoßes gegen das Banknotenmonopols an. Unterguggenberger wird aus politischen Motiven heraus verurteilt. Er verliert sein Amt, Wörgl muss das Experiment einstellen, eine weitere Verwendung der Arbeitsbestätigungsscheine wird per Strafe untersagt. Unterguggenberger erliegt 1936 seinem Lungenleiden.

Das Wörgler Modell ist lebendig geblieben und macht für regionale Wirtschaftsförderung weiterhin Schule, wie z.B. mit den Regionalwährungen Waldviertler und Chiemgauer. Weltweit gibt es viele solcher dezentralen Hilfswährungen.

<sup>x)</sup> Leider hängt der Film vom 7m13s bis 7m53 s und von 28m43s bis 29m16s, läuft aber jeweils ohne Verlust weiter. (Red.)

[Urs Egger](#), Jg. 1955, ausgebildet am 'Film Institute' in Los Angeles; von [1975 bis 1977](#) Filmkorrespondent für die NZZ; seit 1978 Regisseur; Grimme-Preisträger; ausgezeichnet mit dem österreichischen Filmpreis für "Das Wunder von Wörgl". (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Norbert Häring: **Mit Mini-Bots gegen Brüssel und Frankfurt**

An das Wunder von Wörgl erinnert das, was Italiens (von den Parteien 'Lega' und 'Fünf Sterne' gebildete) Regierung mit Mini-Bots (Staatsanleihen) plante. Die kleine Stückelung erlaubt es, die Mini-Bots als Geld zu verwenden. Allerdings ohne Annahmezwang. Worauf EZB-Chef Mario Draghi so reagiert: "Entweder sind sie Geld, dann sind sie illegal, oder sie sind Schulden, dann geht der Schuldenstand nach oben." Handelt Italiens Regierung in diesem Sinne legal, dann verstößt sie gegen die EU-Schuldenregeln. Hier gibt Norbert Häring zu bedenken, dass Giralgeld auch kein offizielles Zahlungsmittel ist.

Vor dem Hintergrund der Wahlaussagen der Regierungsparteien Italiens kann die Absicht der [Mini-Bots als erster Schritt für eine eigene Währung nach einem Euro-Austritt](#) gedeutet werden. Weil Griechenland nicht über ein rudimentär eingeführtes neues Zahlungsmittel verfügte, musste es sich damals der EU beugen.

Griechenland ist allerdings eine kleinere Volkswirtschaft und daher für den Euro nicht so wichtig wie Italien. So kommt es, dass die EU-Kommission das Sanktionsverfahren gegen das Land auf Eis gelegt hat, worauf die Zinsen für Staatsanleihen sanken. Die Drohung mit Mini-Bots hätte ein wertvoller Verhandlungsschip sein können. – *Diese Chance wird von der neuen Regierung wohl nicht genutzt werden (Red.).*

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) ↑